



Gemeinde- und
Städtebund
Rheinland-Pfalz



Landkreistag
Rheinland-Pfalz



Städtetag
Rheinland-Pfalz



dbb
beamtenbund
und tarifunion
landesbund
rheinland-pfalz

**Gemeinsame Grundsatzklärung
des Städtetages Rheinland-Pfalz,
des Landkreistages Rheinland-Pfalz,
des Gemeinde- und Städtebundes Rheinland-Pfalz
– Kommunale Spitzenverbände –
und
des DBB – Beamtenbund und Tarifunion,
Landesbund Rheinland-Pfalz -**

**zur zunehmenden Gewalt
gegenüber Angehörigen
des öffentlichen Dienstes
in den Kommunen**

Das gute Leben für Bürgerinnen und Bürger zu gestalten und die Rahmenbedingungen für ein erfolgreiches Rheinland-Pfalz zu setzen, das sind die Aufgaben des öffentlichen Dienstes. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes in Rheinland-Pfalz setzen sich täglich mit großem Engagement für die Belange der Menschen ein und fühlen sich dem Gedanken der bürgernahen Dienstleistung verpflichtet.

Ihre Arbeit folgt den Grundsätzen eines möglichst schnellen, einfachen und bürgerfreundlichen Verfahrens sowie der unkomplizierten Nähe zu den Besucherinnen und Besuchern von Behörden und öffentlichen Einrichtungen.

In jüngerer Zeit ist jedoch festzustellen, dass sich Angehörige des öffentlichen Dienstes bei der Erfüllung ihrer Aufgaben in zunehmendem Maße unterschiedlichen Formen von Gewalt ausgesetzt sehen wie etwa Beschimpfungen, Bedrohungen oder gar der Ausübung körperlicher Gewalt. Die Zunahme von Bedrohungen und Übergriffen ist insbesondere in den Bereichen des öffentlichen Dienstes zu beobachten, die im direkten Kontakt zu Bürgerinnen und Bürgern stehen.

Die Kommunen als Dienstherr, die Behördenleitungen und alle Bedienstete sprechen sich entschieden gegen alle Formen von Gewalt am Arbeitsplatz aus. Im öffentlichen Dienst der Kommunen in Rheinland-Pfalz muss gelten:

Keine Toleranz bei Gewalt!

Dem schließt sich der der DBB – Beamtenbund und Tarifunion, Landesbund Rheinland-Pfalz an.

Die Kommunalen Spitzenverbände und der DBB – Beamtenbund und Tarifunion, Landesbund Rheinland-Pfalz verurteilen jegliche Form von Gewalt gegen Mitarbeitende auf allen Ebenen des öffentlichen Dienstes der Kommunen in Rheinland-Pfalz. Die Sicherheit und Gesundheit der Beschäftigten haben oberste Priorität.

Sie stimmen darin überein, Gewalt gegen die im öffentlichen Dienst arbeitenden Menschen in keiner Form zu tolerieren und fördern geeignete Maßnahmen, um derartigen Entwicklungen mit Nachdruck entgegenzutreten. Gemeinsam sprechen sie sich dafür aus, eine Anti-Gewalt-Kultur zu etablieren und auszubauen. Wenn es im Sinne der betroffenen Beschäftigten ist, sollen strafrechtlich relevante Sachverhalte bei den Strafverfolgungsbehörden angezeigt und die erforderlichen Strafanträge gestellt werden. Der Gesichtspunkt der Geringfügigkeit kann in diesem Zusammenhang allenfalls von untergeordneter Bedeutung sein.

Zum Schutz der Mitarbeitenden im öffentlichen Dienst der Kommunen in Rheinland-Pfalz und der Besucherinnen und Besucher werden in den Behörden keinesfalls geduldet:

- jede Form körperlicher oder psychischer Gewalt, insb.
- Bedrohungen und persönliche Anfeindungen,
- verbale Belästigungen
- sexuelle Belästigungen/Übergriffe,
- Sachbeschädigungen sowie
- das Mitführen von Waffen jeglicher Art durch Besucherinnen und Besucher.

Zweck der Anti-Gewalt-Kultur im öffentlichen Dienst der Kommunen in Rheinland-Pfalz ist:

- die Entstehung von Gewalt zu verhindern,
- Zivilcourage zu fördern, damit Gewalt erkannt wird und nicht unbeachtet bleibt,
- die Einhaltung sozialer Normen zu festigen,
- Opfern von Gewalt bei der Bewältigung des erfahrenen Unrechts zu helfen und
- die gesellschaftliche Wiedereingliederung von Gewalttäterinnen und -tätern zu ermöglichen.

Die Kommunalen Spitzenverbände und der DBB – Beamtenbund Tarifunion, Landesbund Rheinland-Pfalz sehen eine Reihe von Berufsgruppen des öffentlichen Dienstes, deren tägliche Arbeit mit besonderen Gefährdungslagen verbunden ist. Sie betonen die Notwendigkeit, auf solche Aufgabenbereiche passend zugeschnittene Präventionskonzepte vorzuhalten, wie sie bereits erarbeitet wurden und zum Einsatz kommen.

Die Kommunalen Spitzenverbände und der DBB – Beamtenbund und Tarifunion, Landesbund Rheinland-Pfalz sind sich darüber einig, dass es bei der Gewaltprävention keinen Stillstand geben darf und die bereits vorhandenen Strategien und Konzepte deshalb fortlaufend überprüft, angepasst und – wo erforderlich – neu entwickelt werden müssen.

Bei den regelmäßig stattfindenden Besprechungen zwischen dem DBB – Beamtenbund und Tarifunion, Landesbund Rheinland-Pfalz und den Kommunalen Spitzenverbänden wird das Thema der heutigen Grundsatzerklärung und die weitere Entwicklung der Lage auf diesem Gebiet Gegenstand des Meinungsaustauschs bleiben.

Mainz, 2. März 2016

Für den Städtetag
Rheinland-Pfalz



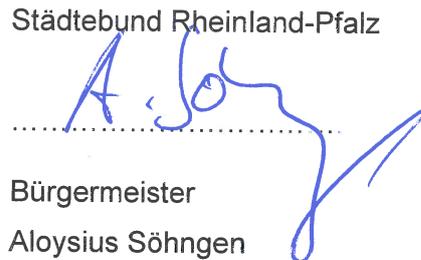
Oberbürgermeister
Dr. Bernhard Matheis
Vorsitzender

Für den Landkreistag
Rheinland-Pfalz



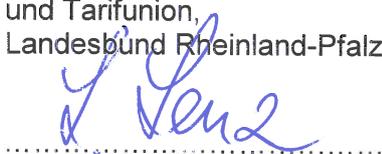
Burkhard Müller
Geschäftsführender Direktor

Für den Gemeinde- und
Städtebund Rheinland-Pfalz



Bürgermeister
Aloysius Söhngen
Vorsitzender

Für den DBB - Beamtenbund
und Tarifunion,
Landesbund Rheinland-Pfalz



Lilli Lenz
Landesvorsitzende